WB-FM-01 Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	08.03.2017
Tagesordnungspunkt:	WB.WB-FM Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Wir leben 2017 in einer Zeit dramatischer Umbrüche in der Weltpolitik. Die Hoffnung auf eine globale Friedensordnung droht zu schwinden. Kriege und Konflikte in der Nachbarschaft der Europäischen Union haben sich in den vergangenen Jahren weiter verschärft.

In einer solchen Lage sind Besonnenheit, eine multilaterale Ausrichtung, die Stärkung des Völkerrechts sowie zivile Ansätze dringender denn je. Unsere Orientierung sind die vielen demokratischen Aufbrüche der vergangenen Jahre, von Indonesien über Ghana bis Tunesien. Wir werden alle Länder, die dies wollen, darin bestärken, sich von innen heraus zu reformieren, den Kampf gegen die Korruption aufzunehmen – sich nachhaltig zu entwickeln und in Freiheit zu leben.

Leitbild unseres außenpolitischen Engagements ist es, dass Deutschland und Europa mehr Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen und kooperativen Weltordnung übernehmen müssen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass durch globale Partnerschaft und Zusammenarbeit die Welt an vielen Stellen zu einem besseren Ort werden kann. Diesen Weg wollen wir Grünen entschlossen weitergehen. Wir stehen für die Stärkung des internationalen Rechts und einer multilateralen Politik, für eine wertegeleitete Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die fest in den Vereinten Nationen und der Europäischen Union verankert ist, eingebettet in die NATO und im Rahmen von regionalen Organisationen wie der OSZE und des Europarats agiert. Dies gilt gerade jetzt. Die Welt wird nur sicherer werden, wenn wir international nicht weniger, sondern enger zusammenarbeiten.

Im Mittelpunkt internationaler Politik steht für uns der Mensch mit seiner Würde, seinen unveräußerlichen Rechten und seiner Freiheit. Uns leiten die Wahrung von Frauen- und Menschenrechten und die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen. Das schließt auch den Kampf für soziale Gerechtigkeit und globale Entwicklung ein sowie die Bekämpfung von Geldwäsche und internationaler Korruption.

Menschenrechte, Krisenprävention und Entwicklung in den Mittelpunkt

In der globalisierten Welt sind Außen- und Innenpolitik heute kaum mehr voneinander zu trennen. Ressourcenkonflikte, Fluchtbewegungen und die gemeinsame Herausforderung der Klimakrise zeigen, dass die Probleme der Welt nicht vor der eigenen Haustür Halt machen. Frieden, Freiheit, ein Leben in Würde und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen allen Menschen gleichermaßen zu. Wir kritisieren scharf, dass autoritäre Regime in vielen Ländern ihre Macht ausbauen. Demokratische Gesellschaftsmodelle geraten zunehmend unter Druck. Nicht nur in Russland, China oder Ägypten, auch in der Türkei, in Indien oder Vietnam ist die massive Einschränkung von Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit mittlerweile bittere Realität. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und demokratischen Bewegungen wird immer öfter von staatlicher Seite behindert und kriminalisiert. Das betrifft auch die politischen Stiftungen und ihre Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort.

Entwicklungspolitik darf nicht für Abschottungsmaßnahmen oder militärische Zwecke missbraucht werden, sondern muss klar partnerschaftlich vereinbarten Zielen wie der Korruptionsbekämpfung, Stärkung staatlicher Strukturen, Reduzierung sozialer Ungleichheit, Hungerbekämpfung und globaler Entwicklung dienen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Durchsetzung der Frauenrechte sind dabei entscheidende Faktoren. Das inzwischen fast 50-jährige und oft wiederholte Versprechen, 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für die weltweite Entwicklung bereitzustellen, müssen wir endlich einlösen, genauso wie eine verlässliche humanitäre Hilfe für Menschen in Not sowie ein stärkeres finanzielles und personelles Engagement im Rahmen der VN, der EU und der OSZE. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik übernimmt beim Dialog zwischen und mit verschlossenen Gesellschaften eine wichtige Rolle. Wir wollen sie deshalb stärken.

Trotz der akuten Krisen im Nahen und Mittleren Osten dürfen Deutschland und die EU auch eine Friedenslösung im Nahostkonflikt nicht aus dem Blick verlieren. Wir Grünen setzen uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um den Fortbestand Israels als demokratischen Staat sowie die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel sowie seinem

Existenzrecht
und seiner Sicherheit in gesicherten Grenzen als Eckpfeiler deutscher Außenpolitik. Zugleich
setzen wir uns ein für das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser in
Selbstbestimmung, Frieden und Sicherheit frei von Besatzung unter Wahrung ihrer
Menschenrechte in ihrem eigenen Staat zu leben. Wir lehnen jegliche Strategien auf beiden
Seiten ab, die Völkerrecht brechen oder auf Gewalt und Konfrontation setzen sowie auf die
fortgesetzte Schaffung von Fakten, die der Erreichung einer stabilen Zwei-Staaten-Regelung
entgegenstehen.

Rüstungsexporte in Krisenregionen stoppen, Abrüstung voranbringen

Der Verkauf von Waffen und Rüstungsgütern in Regionen mit Krisen und Konflikten verschärft
diese meist, statt sie einzudämmen und zu lösen. So nähren deutsche Rüstungsexporte an
Saudi-Arabien und andere kriegführende Parteien die Kriege im Nahen Osten, aber auch den
sogenannten Drogenkrieg in Mexiko. Das wirtschaftliche Interesse einzelner Unternehmen
übertrumpft dabei das humanitäre Interesse an Konfliktprävention und Konfliktlösung. Damit
muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit dem Rüstungsexportgesetz gesetzlich
verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an klare
Kriterien geknüpft, massiv begrenzt und der Export in Staaten außerhalb von NATO und
Europäischer Union unterbunden wird. Insbesondere Exporte in Konfliktgebiete und Länder, in
denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen gesetzlich verboten werden. Auf
europäischer Ebene brauchen wir sowohl eine stärker koordinierte Sicherheits- und
Verteidigungspolitik als auch verstärkte Anstrengungen zur Rüstungskontrolle. Sie müssen
streng und umfänglich parlamentarisch durch Bundestag und Europäisches Parlament
kontrolliert sein.

Wer Frieden will, muss sich für weltweite Abrüstung engagieren und dabei mit eigenem
Beispiel vorangehen. Weltweite Abrüstung muss ein Grundpfeiler der deutschen und
europäischen Außenpolitik werden – gerade in unruhigen Zeiten. Wir kämpfen für eine Welt
ohne Atomwaffen und dafür, sie völkerrechtlich durch eine internationale Konvention zu
ächten. Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016 gegen
einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. Wir Grünen fordern den
Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Wir setzen uns auch für eine internationale

Konvention für das Verbot autonomer Waffen und Kampfroboter ein und sind gegen die Anschaffung bewaffneter unbemannter Fluggeräte, also sogenannter bewaffneter Drohnen, für die Bundeswehr.

Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren

Wir Grünen setzen auf die Stärke des Rechts statt auf das Recht des Stärkeren. Die Anerkennung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen ist eine Voraussetzung dafür. Die VN sind aber nur so stark, wie ihre Mitgliedstaaten es erlauben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland sich im Rahmen der VN, ihrer Unterorganisationen sowie regionaler Organisationen wie der OSZE stärker finanziell und personell engagiert.

Wir sind davon überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur politisch, nicht militärisch erreicht werden kann. Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Deswegen sind zivile Konfliktprävention und zivile Konfliktbearbeitung zentrale Anliegen grüner internationaler Politik. Sie sind heute wichtiger denn je und gehören ins Zentrum der deutschen Außenpolitik.

Wir erkennen jedoch an, dass es Situationen gibt, in denen zur Eindämmung von Gewalt, zur Verhinderung schwerer Menschenrechtsverletzungen und zur kollektiven Friedenssicherung der Einsatz von Militär geboten sein kann. Das Konzept der Schutzverantwortung der VN besagt, dass es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist, aktiv zu werden, wenn nationale Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei geht es um die Pflicht zur Prävention, die Pflicht zur Reaktion sowie die Pflicht zum Wiederaufbau. An erster Stelle muss immer die Prävention stehen, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Militärische Gewalt darf nur das äußerste Mittel zur Eindämmung von Gewalt sein. Sie darf nur dann eingesetzt werden, wenn alle anderen Maßnahmen keine Aussicht auf Erfolg haben und das Völkerrecht den Rahmen vorgibt. Der Einsatz sollte eingebettet sein in klare Konzepte für die Zukunft des betroffenen Staates. Ein stabiler Frieden setzt deutlich mehr als ein Ende der Gewalt voraus.

Die Blockade des VN-Sicherheitsrats bei zentralen Entscheidungen muss durchbrochen und das Gremium wieder handlungsfähig werden. Wird der VN-Sicherheitsrat nicht aktiv, sollte die

Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen, mit qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle friedenserzwingende Maßnahmen nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen. Gleichzeitig sollte der Sicherheitsrat so reformiert werden, dass sich das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verbessert. Ein gemeinsamer europäischer Sitz wäre hier ein wichtiger Schritt.

Wir wollen auch in diesem Zusammenhang die Vereinten Nationen politisch und materiell stärken und unterstützen. Hierin sehen wir, neben der Landesverteidigung, auch eine wichtige Aufgabe der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Jeder Kampfeinsatz erfordert ein Parlamentsmandat und darf nur im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit stattfinden. Dieser Parlamentsvorbehalt ist eine wichtige Vorgabe unserer Verfassung und darf nicht relativiert werden.

Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Versprechen halten: 0,7 Prozent des BIP für die ärmsten Länder

Der Kampf gegen weltweite Armut und wirksamer Klimaschutz müssen Hand in Hand gehen. Wir wollen die Entwicklungsmöglichkeiten der ärmsten Länder ausbauen. Dazu gehört auch, dass sich diese Länder besser an die Folgen der Klimakrise anpassen können. Wir werden das Ziel, 0,7 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, endlich umsetzen. Damit Deutschland seine Zusagen bis 2021 einhält, werden wir die Entwicklungshilfe jedes Jahr erhöhen. Das wäre auch eine Politik, die Fluchtursachen bekämpft**.**

Für ein Rüstungsexportgesetz – keine Waffen in Krisenregionen

Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer hoch problematischen Menschenrechtslage mit einem restriktiven und verbindlichen Rüstungsexportgesetz stoppen und die bisherige Gesetzeslage verschärfen. Die Federführung bei Rüstungsexportgenehmigungen wollen wir auf das Auswärtige Amt übertragen. Über die Exportgenehmigungen soll künftig die gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. In besonders heiklen Fällen soll der Bundestag vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Wir wollen

Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um genehmigte Rüstungsexporte durch eine Klage überprüfen zu lassen. Auf europäischer Ebene kämpfen wir darum, eine europaweite Rüstungsexportkontrolle voranzubringen.

Für starke Vereinte Nationen - internationaler Schutzverantwortung gerecht werden

Wir setzen auf eine Politik, die an den Menschenrechten und am Völkerrecht ausgerichtet ist. Der zentrale Akteur auf globaler Ebene sind die Vereinten Nationen. In den bestehenden Strukturen und ihrer derzeitigen Ausstattung können sie den wachsenden globalen Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Dazu gehört die Prävention und zivile Konfliktlösung. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) muss angesichts der rasant wachsenden Flüchtlingszahlen auf der Welt lebensrettende Aufgaben besser wahrnehmen können. Und die internationale Gemeinschaft muss aktiv werden, wenn nationale Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, ihre Bürger vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Wir wollen die Vereinten Nationen deshalb stärken, die Schutzverantwortung auch wirklich wahrnehmen zu können. Deshalb wollen wir Reformen in den Strukturen der Vereinten Nationen anstoßen und wir wollen sie besser ausstatten, personell und materiell.